

IHK BERLIN

## Rebellen proben den Aufstand

VON MATTHIAS LOKE

Für Eric Schweitzer, den zielstrebigsten Alba-Chef, und die anderen Manager, die sich heute Abend im Ludwig-Erhard-Haus versammeln, dürfte es ein spannendes Treffen werden. Die Vollversammlung der Berliner Industrie- und Handelskammer wählt ihren Präsidenten. Eine Überraschung wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht geben. Der alte Präsident wird auch der neue sein. Eric Schweitzer amtiert in diesem Ehrenamt seit 2004. Damals war er mit 38 Jahren jüngster IHK-Präsident bundesweit. Er wird auch für eine weitere Legislaturperiode gewählt werden. Seine Hausmacht steht.

Spannend wird es dennoch: Denn diesmal soll es einen weiteren Kandidaten geben, was zumindest in der Berliner IHK bisher nicht üblich war. Sogenannte Kammer-Rebellen haben angekündigt, das bisherige „Krönungsfestival“ in eine echte Wahl umzugestalten und als Alternative zu Schweitzer einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken. In Berlin ist das die Initiative pro KMU, also pro kleine und mittlere Unternehmen. Die Aufregung in der IHK ist groß, seitdem die Initiative aktiv ist. Ein Grund: Eric Schweitzer ist heißer Kandidat für die Nachfolge des demnächst scheidenden Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), in dem die Interessen von 3,6 Millionen Unternehmen bundesweit vertreten werden. Auf dem Weg dorthin darf es in der Berliner IHK keine Störungen im Betriebsablauf geben.

### Mehr Transparenz gefordert

Genau das hat allerdings die Initiative pro KMU vor, bildlich gesprochen. Sie ist der Auffassung, dass die IHK intransparent arbeitet, eine un-demokratische Selbstverwaltung sei



DPA  
**Eric Schweitzer,**  
IHK-Präsident

und dass die Interessen der Mehrheit nicht vertreten werden. Die Mehrheit nämlich, sagt pro KMU-Sprecher Oliver Scharfenberg, sind eben die Klein- und Mittelständler. In Berlin würden 93 Prozent aller Firmen Kleinbetriebe mit maximal zehn Mitarbeitern sein. Aber in dem, was die IHK macht, fühlten sie sich nicht vertreten. „Die Kammer sollte doch erst mal die Firmen fragen: Welche Interessen habt ihr, was wollt ihr, was können wir für euch tun“, sagt Bauunternehmer Scharfenberg. Stattdessen stelle die IHK oft wirtschaftspolitische Forderungen wie zur Verlängerung der A100 auf, die von vielen Unternehmern gar nicht geteilt würden.

Scharfenberg fühlt sich von der IHK abgeblockt: „Die Menschen, die Unternehmer wollen sich einbringen. Was ist daran so schlimm?“ Schließlich seien die Unternehmen Zwangsmitglied in der IHK und müssten auch ihren Zwangsbeitrag zahlen, da wolle man schon wissen und darauf Einfluss nehmen, was mit dem Geld passiert. Der Etat der Berlin IHK umfasst in diesem Jahr immerhin knapp 70 Millionen Euro. Klar, dass die Rebellen auch Transparenz bei den Gehältern der IHK-Spitzenleute verlangen. Das lehnt die IHK bislang mit Verweis auf Datenschutz ab. Wenn es aber mit dem DIHK eine abgestimmte Regelung gibt, wie in Gehaltsfragen umgegangen werden soll, wird man diese befolgen, sagte ein IHK-Sprecher.

Im Endeffekt wollen die nicht nur in Berlin aktiven Unternehmer-Initiativen die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern abschaffen. Das dies derzeit unrealistisch ist, weil dazu eine Gesetzesänderung notwendig ist, wissen auch die Kammer-Gegner. Aber in Berlin hoffen sie auf 20 bis 25 Unterstützer in der 98 Personen umfassenden IHK-Vollversammlung. Das wäre ein erster Erfolg. Den Präsidentenposten gibt es deswegen noch lange nicht.